

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtplanungsausschuss	13.12.2018	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Multifunktionale Geschäftsgebäude
Kombination Einzelhandel mit Wohnen und Infrastruktureinrichtungen**

Anlagen:

Entscheidungsvorlage

Sachverhalt (kurz):

Die Stadt Nürnberg unternimmt alle Anstrengungen, um den dringend benötigten Wohnungsbau zu forcieren und nutzt viele Möglichkeiten des Planungs- und Baurechts. Sie steht im Austausch mit Bauträgern und Investoren. Brachflächen werden zunehmend bebaut, das Baulückenprogramm zur Stärkung der Innenentwicklung wurde durchgeführt, Aufstockung und Verdichtung vorhandener Großsiedlungen werden diskutiert und umgesetzt. Zusätzlich werden aufwändige Bauleitplanverfahren für die großen Baugebiete durchgeführt. Trotzdem werden nicht in ausreichendem Umfang Wohnungsneubauten realisiert. Sowohl preisgünstige Mietwohnungen als auch Eigenheime werden zu wenig gebaut.

In der Stadt gibt es noch Potenziale. Eine ganze Reihe von Flächen ist zwar bebaut, aber erheblich untergenutzt. Discounter und Supermärkte wurden überwiegend als eingeschossige Gebäude mit großen ebenerdigen Parkplatzflächen errichtet. Die Grundstücke sind zwischen 3000 m² bis zu mehreren Hektar groß. Erste Städte haben auch diese Potenziale im Blick. Eine erste grobe Untersuchung hat gezeigt, dass auch in Nürnberg Standorte geeignet sein können. Eine vertiefende Prüfung von Einzelhandelsflächen auf die Eignung zur zusätzlichen Nutzung für Zwecke des Wohnungsbaus wird angestrebt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:☐ Nein (→ weiter bei 3.)☐ Ja☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt**2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:☒ Nein☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Prüfung der verschiedenen Standorte bzw. die rechtliche Eruierung der Rahmenbedingungen haben noch keine Diversity-Relevanz.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Stadtplanungsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und in welchem Umfang durch die Multifunktionalität von Geschäftsgebäuden neue Wohnungen entstehen können und welche Arbeitsschritte dazu erforderlich sind.